

---

## Niederschrift

### über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 20.07.2021

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:34 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** eröffnet die Sitzung um 16:34 Uhr und begrüßt die Mitglieder, Beigeordneten und Gäste. Sie stellt Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest. Frau Nußbeck vertritt nach § 50 KVG LSA den Oberbürgermeister aufgrund Vakanz, jedoch ohne Stimmrecht.

**Stadtrat Weber** stellt fest, dass mit Beschluss des Hygienekonzepts der Stadt Dessau-Roßlau festgelegt worden ist, dass nur in wesentlichen, dringenden und zu begründenden Fällen zur Präsenzsitzung geladen wird. Er weist darauf hin, dass die Festlegung in der Beschlussfassung eindeutig war. In einer großen Anzahlung der zu fassenden Beschlüsse ist entgegen dieser Festlegung geladen worden. Er weist auf diese Unzulänglichkeit hin.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt, dass am heutigen Tag der Verwaltung ein neuerlicher Erlass zum Runderlass vom 29.03.2021 seitens der Kommunalaufsicht zu Verfahren in außergewöhnlichen Notsituationen nach § 56 a KVG zugegangen ist. Ab 22.07.2021 ist die Sonderregelung, auf welcher das Hygienekonzept fußt, außer Kraft gesetzt worden. Die pandemische Lage wird nicht mehr festgestellt, die Notbremse wurde bereits ab 01.07.2021 außer Kraft gesetzt. Die 2. Änderung der 14. Eindämmungsverordnung lässt wesentliche Erleichterungen zu. Aus pragmatischen Gründen war es unter diesem Aspekt angezeigt, zur Präsenzsitzung einzuladen. Zudem sollten technische Probleme bei der Anhörung eines Bewerbers ausgeschlossen werden. Frau Nußbeck weist des Weiteren auf Probleme im Ablauf des elektronischen Umlaufverfahrens hin. Sie bittet um Durchführung der Sitzung, wie anberaumt.

**Stadtrat Weber** weist darauf hin, dass die Vorlage zum Hygienekonzept eine Vorlage der Stadtverwaltung selbst war. Zum Zeitpunkt der Ladung war zudem die Sonderregelung noch nicht aufgehoben. Er erklärt, dass seine Äußerung lediglich einen Hinweis und keinen Einwand darstellt.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** stellt form- und fristgerechte Ladung fest.

## **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Fricke, dass formale Anträge zur Tagesordnung jetzt gestellt werden müssen, inhaltliche Anträge zu einem Tagesordnungspunkt zum jeweiligen Punkt. Da es sich um einen inhaltlichen Antrag von Stadtrat Fricke handelt und keine weiteren Wortmeldungen erhoben werden, erklärt sie die Tagesordnung als angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

## **3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2021**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses im elektronischen Umlaufverfahren vom 25.06.2021 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

**Abstimmungsergebnis:** 5:0:2

## **4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 07.07.2021 bekannt:

Personalangelegenheit - Einstellung Amtsleiter Gesundheitsamt,  
Veterinärwesen und Verbraucherschutz ( AL 53)  
Vorlage: BV/249/2021/II-10  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)  
Vorlage: BV/206/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)  
Ergebnisverwendung  
Vorlage: BV/208/2021/II-20BTM  
geändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Abrechnung der Zielvereinbarung 2020 mit der Geschäftsführung der Dessauer  
Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)  
Vorlage: BV/212/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)  
Vorlage: BV/215/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)  
Ergebnisverwendung  
Vorlage: BV/216/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke  
Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)  
Vorlage: BV/219/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der WBD Industriepark Dessau GmbH  
Vorlage: BV/220/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der WBD Industriepark Dessau GmbH  
Ergebnisverwendung  
Vorlage: BV/221/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH  
(SMG)  
Vorlage: BV/230/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Unternehmensangelegenheiten  
Jahresabschluss 2020 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH  
(SMG)  
- Ergebnisverwendung  
Vorlage: BV/244/2021/II-20BTM  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Rücknahme des Widerspruchs der Stadt Dessau-Roßlau gegen den Genehmigungsbescheid des Landkreises Anhalt-Bitterfeld vom 09.09.2020 zur Errichtung und zum Betrieb von 3 Windenergieanlagen im Windvorranggebiet VII Libbesdorf/Quellendorf/Mosigkau  
Vorlage: BV/213/2021/III-83  
ungeändert beschlossen  
Ja 6 Nein 2 Enthaltung 2

Grundstücksangelegenheit  
Bildung und Verkauf von Baugrundstücken im Bereich Stenesche Straße  
Vorlage: BV/108/2021/IV-80  
ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Verleihung der "Fritz-Hesse-Medaille" der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/254/2021/I-OB  
ungeändert beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1

## **5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

## 6 Einwohnerfragestunde

**Bürger 1** bezieht sich auf § 45 Abs. 1 KVG LSA, wonach die Vertretung die Ausführung ihrer Beschlüsse überwacht und dafür sorgt, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden. Der Beschluss des Stadtrates ist, der Stadtrat stimmt in seiner nächsten Sitzung über die Niederschrift ab gem. § 15 Abs. 4. Er hatte in der Sitzung am 07.07.2021 Anfragen in der Einwohnerfragestunde gestellt. Da ihm der Zutritt zur Sitzung verwehrt wurde, schrieb er den Sitzungsdienst an und bat um die Antwort auf seine Fragen. Die Antwort war, dass mit Bestätigung der Niederschrift ihm die Antworten zu den Fragen in der Einwohnerfragestunde zur Verfügung gestellt werden. Da die Niederschrift heute nicht bestätigt wird, kann er die Antworten noch immer nicht einsehen. Die Stadträte sind dafür zuständig, dass dieser Missstand, der mehr als einmal in den Ausschüssen angebracht wurde, endlich abgestellt wird. Er erfragt, wo die Niederschrift vom 02.06.2021 ist. Heute wurde über die Niederschrift vom 25.06.2021 abgestimmt. Wenn über eine spätere Niederschrift abgestimmt werden kann – diese möchte er auch einsehen – fragt er sich, warum der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe nicht nachgekommen wird.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt, dass diese Fragen schriftlich beantwortet werden.

**Bürger 1** hakt nach, ob niemand eine Aussage zu den Niederschriften tätigen kann.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** wiederholt, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden. Bei Einreichung der Fragen im Vorfeld können diese in der Sitzung beantwortet werden. Der Sachverhalt kann während der Sitzung nicht geprüft werden.

**Bürger 1** erfragt weiter, wie weit man mit der Ausstattung der Schulen mit Luftreinigungsgeräten vorangeschritten ist. Die Coronazahlen steigen wieder und es ist davon auszugehen, dass es spätestens im Herbst wieder Probleme mit Corona geben wird in höherem Maße. Um den Schulbetrieb als Präsenzunterricht durchführen zu können, ist es wichtig, die Zeit effektiv zu nutzen, um die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen. Wie weit ist man hier in der Stadt damit?

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, verweist auf die Berichterstattung in den Medien. Derzeit wird darüber diskutiert, ob mobile, bauliche oder keine Anlagen (nur Lüften) der bessere Weg ist. Eine Expertise der Magdeburger Universität, die sich dem Thema im Auftrag des Landes widmet, steht derzeit noch aus. Dann wird mit den Maßnahmen begonnen.

**Bürger 1** weist darauf hin, dass der Schulstart irgendwann kommt und die Anschaffung noch eine Weile dauert. Er hofft, dass es dann klappt.

---

Zur dritten Frage führt er aus, dass im Landkreis Anhalt-Bitterfeld durch einen Hackerangriff die gesamte Verwaltung lahmgelegt wurde. Er erfragt, wie sichergestellt wird, dass dies in Dessau sich nicht ereignen kann. Er ist sich sicher, dass der Landkreis Anhalt-Bitterfeld vor dem Vorfall auch der Meinung war, er sei gut geschützt.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt, dass die Ursachen hierfür von der Verwaltung ausgewertet wurden. Eine der wichtigsten Ursachen war, dass die Datensicherung auf demselben Server stattfindet, auf dem auch gearbeitet wird. Wenn dieser lahmgelegt wird, kommt man an die gesicherten Daten nicht mehr heran. Die Stadt Dessau-Roßlau handhabt das anders. Die Daten werden extern auf einem Speicher außerhalb des Servers gespeichert. Ein Herankommen an die tagaktuellen Daten ist nicht möglich, aber innerhalb eines Zeitraums von einer Woche können die Daten wieder erzeugt werden.

**Bürger 1** schließt daraus, dass prinzipiell Daten von maximal einer Woche dann verlorengegangen wären.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** bestätigt, dass dies der maximale Zeitraum ist.

**Bürger 1** erklärt, dass dies nicht schön ist, aber erheblich beruhigender als in Anhalt-Bitterfeld.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Stadtrat Adamek** berichtet von einem Vororttermin in Mosigkau zum Thema des nicht abfließenden Mischwassers bei Starkregen im Bereich dieser Gemarkung. Es ist festzustellen, dass möglicherweise Baumängel in den Abwasserkanälen der DESWA vorhanden sind. Die verbauten Pumpen sind an die Kanalgröße angepasst, jedoch nicht an das mögliche Fäkalvolumen, das dort abzupumpen ist. Er regt im Hinblick auf die Vorbereitungen zum Haushalt an, dass im Vorfeld entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Diese müssen zügig eingeleitet werden. Er geht davon aus, dass dies in den nächsten Tagen noch öffentlich gemacht wird.

Des Weiteren bezieht er sich auf das Antwortschreiben des Baudezernats zum Thema der Lärmbelästigung im Bereich des Spielplatzes in Kochstedt. Er erachtet dieses als unbefriedigend, da davon ausgegangen wird, dass die Wohnbebauung 100 Meter von dem Bolzplatz entfernt ist. Dies trifft jedoch nicht zu; die Entfernung beträgt ca. 56 bis maximal 60 Meter zur dichtesten Wohnbebauung. Im Maximum sind es 100 Meter zu der Wohnbebauung. Er bittet um Überprüfung. Weiter bittet er zu bedenken, welche Aussagen in dortigen Gespräche getätigt werden, um Unglaubwürdigkeit zu vermeiden.

Abschließend erfragt er, ob es für Bürger künftig möglich ist, Passfotos digital durch Fotostudios zu übermitteln. Er möchte wissen, wie weit man hier vorangeschritten ist, wohin sich die Fotostudios wenden können, wie die Übermittlung ablaufen wird und ob es ein Informationsschreiben für Gewerbetreibende geben wird. Ab dem Jahr 2025 soll es verbindlich möglich sein, dass die Passfotos ausschließlich digital übertragen werden.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** nimmt die Anfragen und Anregungen zur Klärung mit.

**Stadtrat Schönemann** schlägt einen kommunalen Stammtisch mit den Beteiligten in der Ortschaft Mosigkau vor, da sich das Problem nach Inaugenscheinnahme des Zustandes als sehr komplex darstellt. Es handelt sich überwiegend nicht um Einzelprobleme, die sofort abzustellen wären. Eine zielorientierte Diskussion mit dem Ortschaftsrat, den Bürgern, den Fachbereichen der Stadt und der DESWA sollte geführt werden. Der Zustand war in dieser Komplexität bisher nicht bekannt. Er bittet, dieses Format auf den Weg zu bringen, um Vertrauen und Abhilfe zu schaffen

**Stadtrat Ratzmann** erfragt, ob schon Aussagen getroffen werden können, wann ansatzweise zur Normalität zurückgekehrt werden kann, wenn Bürger mit einem Anliegen im Bürgerbüro vorsprechen müssen, nachdem die neuen Verordnungen und Richtlinien in Kraft getreten sind.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** weist darauf hin, dass sie in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.07.2021 über dieses Thema berichtet hat. Zum Normalbetrieb wird derzeit zurückgekehrt. Termine können online, per E-Mail oder

telefonisch gebucht werden. Des Weiteren kann das Bürgeramt ohne Termin – mit Wartezeit – aufgesucht werden. Ein Sprechtag ohne Termine wird an jedem ersten Samstag im Monat angeboten. Durch Verlängerung der Sprechzeiten werden die Wartezeiten deutlich reduziert und der Rückstau aufgearbeitet. Die komplette Öffnung des Rathauses erfolgt noch nicht. Es wird nach wie vor mit Terminen gearbeitet. Im Oktober wird mit der Baumaßnahme im Bürgerbüro begonnen. Wenn alle Fragen über den Ablauf in der etwa sechsmonatigen Bauphase geklärt sind, wird eine umfassende Information über den Zutritt erfolgen.

**Stadtrat Fricke** hat festgestellt, dass ein Meinungsumschwung bezüglich des Themas „Lüftung in Schulen“ stattgefunden hat. Zusätzlich zum Stoßlüften sollen nun auch Luftreinigungs- und Luftaustauschgeräte sinnvoll sein. Er erfragt, ob dennoch die Untersuchung der Universität Magdeburg abgewartet werden soll und wann diese vorliegen wird.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, kann zum Zeitpunkt des Zugangs keine Aussagen treffen. Es verdichten sich zunehmend die Erkenntnisse, dass mobile Luftreinigungsanlagen zusätzlich zum Lüften als vernünftig erachtet werden. Das Kultusministerium ist mit den Kommunen im Gespräch. Die entsprechende Förderrichtlinie ist dahingehend geändert worden, dass auch die mobilen Geräte förderfähig sind. Er geht davon aus, dass Arbeitsrichtung sein wird, mobile Luftreinigungsgeräte anzuschaffen. CO<sup>2</sup>-Messgeräte für alle Klassenräume wurden bestellt. Über die technische Unterstützung muss jedoch nachgedacht werden. Eine Umsetzung baulicher Maßnahmen ist jedoch utopisch. Der Preis eines mobilen Luftreinigungsgerätes liegt zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Gesicherte Erkenntnisse sind für die Anschaffung nötig.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** informiert über die Anfrage von Stadtrat Mrosek zur Testpflicht in dem Hygienekonzept des Stadtrates. Die Kommunalaufsicht hat festgestellt, dass der Stadtrat sich bei Vorliegen einer pandemischen Lage selbst Regelungen geben darf, die über das Gesetzliche hinausgehen. Die gesetzlichen Regelungen zu unterschreiten, ist nicht zulässig. Die Testpflicht laut Hygienekonzept ist aufgrund des Selbstorganisationsrechtes zulässig. Frau Bürgermeisterin Nußbeck wird den Fraktionen die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung stellen. Des Weiteren nimmt Frau Bürgermeisterin Nußbeck Bezug auf die Diskussion in der letzten Sitzung des Gremiums am 07.07.2021 zu dem Thema, ob ein Aufsichtsratsmitglied sich in seiner Funktion als Mitglied des Haupt- und Personalausschusses selbst entlasten darf. Stadtrat Fricke wies zu Recht darauf hin, dass dies nicht ausgeschlossen ist. Eine Auskunft der Landesregierung aus dem Jahr 2015 besagt, dass diese Stadträte rechtlich nicht an einer Abstimmung gehindert sind. Auch die diesbezüglichen Unterlagen werden den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck stellt um 17:03 Uhr Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

## 12 Beschlussfassungen

### 12.1 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Geschäftsführers der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/226/2021/II-20BTM

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung des Geschäftsführers der IVG für das Geschäftsjahr 2020.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

### 12.2 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Aufsichtsrates der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/227/2021/II-20BTM

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der IVG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

### 12.3 Unternehmensangelegenheiten Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/268/2021/II-20BTM

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

## **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2020.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

## **12.4      Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Aufsichtsrates der MVZ SKD gGmbH für das Ge- schäftsjahr 2020 Vorlage: BV/269/2021/II-20BTM**

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

## **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der MVZ SKD gGmbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

## **12.5      Unternehmensangelegenheiten Entlastung der Geschäftsführer der Dessauer Versorgungs- und Ver- kehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/274/2021/II-20BTM**

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

## **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

**12.6      Unternehmensangelegenheiten**  
**Entlastung des Aufsichtsrates der Dessauer Versorgungs- und Ver-**  
**kehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2020**  
**Vorlage: BV/275/2021/II-20BTM**

**Stadtrat Schönemann** erklärt, dass er als Mitglied des Aufsichtsrates nicht an der Abstimmung teilnimmt.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** wertet die Stimme von Stadtrat Schönemann als Enthaltung. Sie verweist auf ihre diesbezüglichen Erläuterungen in Tagesordnungspunkt 7.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

**Abstimmungsergebnis:** 6:0:1

**13            Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wird um 18:34 Uhr durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck geschlossen.

Dessau-Roßlau, 09.09.21

---

Bürgermeisterin Sabrina Nußbeck

Liane Maisel  
Schriftführer